

Berliner Senat feuert Multikulti-Kritiker Gilles Duhem

☒ Er war erfolgreich und ein Kritiker des fehlgeleiteten Multikulti. Der Neuköllner Quartiermanager Gilles Duhem (Foto) schaffte es, mit seinem Team die Kriminalitätsrate im berüchtigten Rollbergviertel um [30% zu senken](#) und gilt als [Inspirationsquelle](#) von Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD). Dem Berliner Senat ist das egal. Er wirft dem Franzosen „verbale Entgleisungen“ vor und verlängerte seinen Vertrag nicht mehr, worauf die anderen Mitarbeiter Duhems ebenfalls das Handtuch warfen.

Der Tagesspiegel [schrieb](#) am 30.12.2006:

Ohne Quartiersmanagement startet das Neuköllner Rollbergviertel, einer der sozialen Brennpunkte der Stadt, ins neue Jahr. Die bisherigen Kiezhelfer, deren Arbeit bislang hochgelobt wurde, haben den Vertrag nicht verlängert, weil die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Quartiersmanager Gilles Duhem nicht mehr akzeptiert. Die Behörde sucht nun „intensiv“ nach einem anderen Management und hofft, noch im Januar einen neuen Träger zu finden. Petra Nothdorf aus der Verwaltung sagt, dass sich die Behörde eine Zusammenarbeit mit Duhem nicht mehr vorstellen könne – wegen seiner „sprachlichen Entgleisungen und dem rauhen, derben Umgangston“.

Der 39-jährige Pariser Politologe und Stadtplaner, der seit 1989 in Berlin lebt, ist ein freundlicher Mann mit eisernem Willen. Er findet „albern“, was die Behörde ihm vorwirft, etwa, eine Sachbearbeiterin „Weib“ genannt zu haben. Er will das Rollbergviertel voranbringen, hat mit seinem Team dazu beigetragen, dass die Kriminalität in den letzten Jahren

beträchtlich gesunken ist. Die erfolgreiche Arbeit im Kiez machte das Quartiersmanagement auch bundesweit bekannt. (...) Duhem wirft dem Senat vor, das Management zu Gehilfen für die „Abwicklung ausufernder bürokratischer Anforderungen“ degradieren zu wollen. Der kleine Verein könne nicht alle Projekte kaufmännisch bewältigen. Bei mehr Bürokratie müsse es auch mehr Geld für eine weitere Stelle geben, rund 25 000 Euro.

Darüber ist mit der Senatsbehörde gestritten worden. „Mir fällt zu diesem Weib nichts mehr ein“, schrieb der Quartiersmanager in einer Mail, die eine zuständige Sachbearbeiterin zu Gesicht bekam. Die Behörde sei eine „offene Psychiatrie“. Duhem meint, auch die Sachbearbeiterin sei „rotzfrech“ gewesen. Petra Nothdorf, Leiterin der Gruppe Quartiersverfahren im Referat Soziale Stadt, wirft dem Mann wegen seiner Wortwahl Mangel an sozialer Kompetenz vor. Er polemisiere und schüre unbegründet Angst vor Bürokratie.

In der *Preußischen Allgemeinen* nennt man noch [weitere Gründe](#):

Daß es noch zu einem Skandal kommen würde, konnte der aufmerksame Zuhörer in der Stadtbibliothek von Berlin-Neukölln bereits ahnen. Am 4. Dezember 2006 stellte der „Quartiersmanager“ des Neuköllner Problemkieses Rollbergviertel, Gilles Duhem, an der Seite von Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) die im Resch-Verlag erschienene Studie [„Abschied von Multikulti“](#) vor, verfaßt vom Bremer Politologen Stefan Luft. Obwohl der Untertitel der Studie besänftigend „Wege aus der Integrationskrise“ verspricht, sind die hier ausgebreiteten Erkenntnisse und das, was Duhem ihnen aus eigener Erfahrung beisteuern konnte, eine einzige Provokation.

Neukölln weist den höchsten Ausländer- oder – in politisch korrektem Neudeutsch – Migrantenteil der Hauptstadt auf. Der Stadtbezirk war zuletzt in den Fokus des bundesweiten

Interesses gerückt, als Bürgermeister Heinz Buschkowsky im Frühjahr 2005 (in einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“) „Multikulti“ öffentlich für gescheitert erklärt hatte. Nur durch eine an Praktiken der stalinistischen Selbstkritik erinnernde Abbitte, geleistet vor dem versammelten Bezirksparlament, hatte er sein politisches Aus noch abwenden können. Unter Buschkowsky, der „unregierbare Elendsgebiete“ als Folge der „multikulturellen Gesellschaft“ prognostiziert hatte, arbeiten heute insgesamt neun Quartiersmanager – mehr als in jedem anderen Berliner Bezirk. Diese rasant wachsende Berufsgruppe des „Social Engineerings“ soll Viertel mit hohem Ausländeranteil vor dem völligen Umkippen bewahren.

Gilles Duhem ist einer von ihnen. Er hat den Ruf, Berlins bekanntester und zugleich erfolgreichster Quartiersmanager zu sein. Für ihn ist die Studie „Abschied von Multikulti“ ein Manifest, ein „Wegweiser für die ganze Republik“, mit dessen Hilfe ein letzter Ausweg möglich sei, um der ausufernden Parallelgesellschaften Herr zu werden. Für seine sogar mit Preisen ausgezeichnete Arbeit loben ihn Bewohner, Polizei und der Bezirksbürgermeister Buschkowsky. Mit seinem Team gelang es Duhem, das berüchtigte Rollbergviertel zu befrieden, die Kriminalitätsrate sank in den letzten drei Jahren um 30 Prozent. Jetzt ist ganz Berlin – mit Ausnahme der Senatsverwaltung – fassungslos: Dem Quartiersmanagement von Duhem wurde die weitere Zusammenarbeit aufgekündigt. Grotesk lautet die Begründung der Behörde: Duhem fehlten „wesentliche fachliche Voraussetzungen (...) zur Erfüllung der Aufgaben eines Quartiersmanagers“. Stellvertretend für viele hält auch die Neuköllner CDU das Gebaren des Senats für skandalös. Deren Kreisvorsitzende Vogelsang spricht von „Behördenwillkür“ und bemerkt, wenn die zuständige Sachbearbeiterin mit dem Quartiersmanager nicht zurechtkäme, dann wüßte sie schon, wen von den beiden sie „von der Aufgabe entbinden würde“. (...) Für das Rollberg-Viertel ist Duhems Abschied, der derzeit noch ehrenamtlich weiterarbeitet, ein

schwerer Schlag. Doch der Multikulti-Seligkeit des Berliner Senats wäre damit offenbar gedient. Denn die Erfolge Duhems gründen vor allem auf ideologiefreiem Realismus. Er gibt sich keinen Träumen hin, an denen Linke so verbissen festhalten, sondern versucht zu retten, was zu retten ist. Und er nimmt kein Blatt vor den Mund: Wer keine Anstrengungen unternahme, sich zu integrieren, der könne gehen, gibt er an die Adresse integrationsunwilliger Ausländer zu verstehen. Es gebe „kein Ausreiseverbot“, wer sich nicht gewissen Mindestanforderungen beugen wolle, der solle überlegen, ob er Deutschland nicht besser verläßt. Starker Tobak für Multikulti-Ideologen, ist es doch einer „ihrer“ Protagonisten, der sie durch seine Arbeit nun mit den katastrophalen Folgen ihrer Zuwanderungspolitik konfrontiert. Sichtlich irritiert zeigte sich die linke „tageszeitung“, die ihn Anfang dieser Woche interviewte und unter dem Schlagwort „Neoliberalismus in der Migrationsarbeit“ vorstellte. Die Journalisten mußten erleben, wie Duhem ihr Bild von Multikulturalismus in der Luft zerfetzte.

Das unglaubliche Interview Duhems mit der taz findet man [hier](#). Ein kleiner Auszug mag als Kostprobe dienen, wie Duhem auf die dümmlich-provokativen Fragen und eingeworfenen Bemerkungen der beiden Interviewer hervorragend kontert:

Duhem: Gemeinsam müssen wir klarmachen, wie die Spielregeln der Gesellschaft sind. Man benimmt sich.

taz: Klingt gestrig.

Duhem: Kann schon sein. Aber viele Konflikte entstehen, weil die Leute nicht wissen, wie man sich anderen gegenüber verhält. In großen Häusern hört man nicht laute Punkmusik bis drei Uhr morgens. Man sitzt auch nicht nachts im Innenhof und schreit herum. Und Babywindeln schmeißt man auch nicht aus dem Fenster.

(...)

taz: (...) Das Leitbild Multikulti meint doch, dass sich Mehrheits- und Minderheitskultur um gegenseitige Annäherung bemühen.

Duhem: Bemühen reicht nicht. Es muss eine gegenseitige Anstrengung geben. Und dazu gehört mehr, als mal beim Tee drüber geredet zu haben. Integration ist anstrengend für die Mehrheitsgesellschaft, aber sie bedarf auch der Anstrengung der Migranten. Das wird leider nicht ausreichend vermittelt. Hier im Kiez gibt es Mädchen, denen wird erzählt, dass sie Kopftücher tragen müssen, weil ihnen sonst Schlangen aus den Haaren wachsen. Viele wissen nichts über ihren Körper, über Sexualität. Und sie wissen nichts über die Welt, in der sie leben. Der Horizont ist hier sehr schmal und entspricht einem Radius von vielleicht einem Kilometer. Der Rest wird übers Satellitenfernsehen vermittelt.

(...)

taz: Einen sozialpädagogischen Hintergrund haben sie also nicht.

Duhem: Nein, Gott sei Dank.

taz: Gott sei Dank?

Duhem: Das sind oft Leute, die immer nur diskutieren wollen. Aber was bringt das? Die Menschen hier brauchen keine Betroffenheitsgesichter, sondern Leute, die was tun.

Der Berliner Senat aber braucht solche Leute offenbar nicht.

(Spürnase: Florian G.)

» Kontakt: Petra Nothdorf, Tel.: 030-90126709, Fax: 030-90123189, E-Mail: petra.nothdorf@senstadt.verwalt-berlin.de



Dialog mit Ahmadiyyah: Nicht die Etikette verletzen

✘ In der aktuellen Ausgabe der *Zeit* ist [ein Streitgespräch](#) zwischen Joachim Swietlik (Foto r.), Sprecher der Bürgerinitiative [ipahb e.V.](#) gegen den Bau der Ahmadiyyah-Moschee in Heinersdorf, und dem Imam der Gemeinde, Abdul Tariq (Foto l.) veröffentlicht. Bei solchen „Dialogen“ müssen wir Ungläubigen sehr darauf achten, nicht die Etikette zu verletzen.

Hier im Blog leisten wir uns mal den Luxus, ironisch überspitzt für uns in Anspruch zu nehmen, was die Ahmadiyyahs sich als gottgegebene Selbstverständlichkeit herausnehmen.

DIE ZEIT: Wir treffen uns hier auf neutralem Boden, in einem Fotostudio. Immerhin haben Sie beide sich zur Begrüßung die Hand gegeben.

Joachim Swietlik: Ich habe mir das, ehrlich gesagt, vorher gut überlegt. Als wir von der Bürgerinitiative uns zum ersten Mal mit den Mitgliedern der Ahmadiyyah-Gemeinde getroffen haben, da haben uns nämlich die Frauen den Handschlag verweigert mit der Begründung, das sei aus religiösen Gründen nicht üblich. Wir haben dann beschlossen, dass wir im Gegenzug den Männern der Gemeinde nicht die Hand geben. Aber jetzt sind wir ja quasi unter uns.

Abdul Tariq: Nach dem islamischen Glauben darf es keine Körperberührung zwischen fremden Männern und Frauen geben. Das geht nur im engeren Verwandtenkreis. Wir waren schon sehr verletzt, als Sie uns damals nicht die Hand gaben. Es hätte doch eine einfache Lösung gegeben: Die Männer geben den Männern die Hand, die Frauen den Frauen.

Uns Ungläubige verletzt ihre künstliche Verletztheit noch viel mehr, warum um alles in der Welt, sollten wir uns der verklemmten islamischen „Moral“ unterwerfen, warum sollen wir das menschliche Miteinander nach islamischen Regeln ausrichten? Es verletzt uns sehr, dass man das von uns verlangt.

Swietlik: Sie haben sich nun mal entschlossen, in unserem Kulturkreis zu leben, und da ist der Gruß mit Handschlag Usus.

Tariq: Ich kann es nicht ändern, diese Sittlichkeit ist uns sehr wichtig. Der Heilige Prophet Mohammed, Gottes Friede sei mit ihm, hat fremden Frauen nie die Hand gegeben./blockquote> Nein, er hat fremde Frauen lieber vergewaltigt. Vielleicht hat er das geschafft, ohne ihre Hände dabei zu berühren. Uns interessiert Mohammed und sein verbrecherisches Leben nicht die Bohne, er wird ganz sicher nicht unser Vorbild werden! Und wo bleibt überhaupt die Achtung vor den Werten unserer Gesellschaft, nach der Mann und Frau gleichberechtigt miteinander umgehen? Wir sind beleidigt, wir wollen, dass Respekt vor unserem Grundgesetz gezeigt wird und Toleranz gegenüber unseren Sitten! ZEIT: Herr Swietlik, warum fürchten Sie den Islam?

Swietlik: Wir sehen jeden Abend, wenn wir den Fernseher anschalten, wie sich die Sunniten und die Schiiten massakrieren, und sie alle bezeichnen sich als Vertreter der Religion des Friedens. Und Sie, Herr Tariq, sind nicht nur ein religiöser Amtsinhaber, Sie unterstehen dem Kalifen von

London. Sie wollen doch einen Kalifatenstaat errichten.

Tariq: Um Himmels willen, nein! Wir trennen Staat und Kirche. Wenn wir das nicht täten, dann wären wir nicht besser als die Mullahs in Pakistan, die Menschenrechte verletzen – und unter anderem uns Ahmadis verfolgen, weshalb ich nicht in Pakistan leben kann. Der Kalif von London, dem wir unterstehen, ist ein religiöser Führer. Er redet in seinen Freitagsansprachen über Moral, über Erziehung der Kinder, über Engel und das Fasten. Manchmal werden seine Zitate aus dem Zusammenhang gerissen, und dann heißt es: Der vierte Kalif hat gesagt: »Der Endsieg wird kommen.« Wenn ein Deutscher das hört, denkt er natürlich an Weltherrschaft.

Und er sagt ihnen vermutlich, dass sie auf keinen Fall so leben sollen wie die ungläubigen Hunde. Schon wegen der Sitten ...

ZEIT: Herr Tariq, der Verfassungsschutz hält Ihre Gemeinde für unbedenklich. Aber es gibt Menschen, die im Namen Ihrer Religion andere töten. Können Sie Herrn Swietliks Sorge verstehen?

Tariq: Ich habe ja auch Angst vor den Fundamentalisten. Gewalt hat keinen Platz im Islam. Ich gebe Herrn Swietlik das Recht, Angst zu haben. Bloß hat er immer diese Zettel dabei, auf denen er die Sätze markiert hat, die seiner Meinung nach belegen, dass wir politische Absichten haben. Herr Swietlik betrachtet uns mit einer feindseligen Grundhaltung.

„Gewalt hat im Islam keinen Platz“. Dieser reicht eigentlich schon alleine völlig aus, um Tariq als Lügner zu entarnen. Der Koran selbst strotzt vor Gewalt, ebenso wie in islamischen Ländern eine „Kultur“ der Gewalt, der Angst und der Unterdrückung herrscht.

Swietlik: (holt einen Computerausdruck hervor) Hier ist eine

Rede Ihres Kalifen vom 9. Juni. Das Thema ist Gehorsam. Hinter Ihrer Vorstellung von Gehorsam steckt doch ein Führergedanke. Das hatten wir in Deutschland schon mal.

Tariq: Na, vielen Dank. Ich sage Ihnen was: Wir lieben unseren Kalifen sehr, und wir gehorchen ihm aus Liebe. Wenn der Kalif nach Berlin kommt, empfangen wir ihn mit großer Freude und Aufregung. Es gab einmal eine schwangere Frau in meiner Gemeinde. Die Entbindung war sehr kompliziert, es hieß, das Leben von Frau und Kind ist in Gefahr. Der Kalif hat die ganze Nacht vor der Geburt gebetet und geweint. Das Kind ist gesund zur Welt gekommen, der Frau ging es gut. Der Kalif will nur Gutes für uns.

Denn Islam heißt ja Frieden ...

Tariq: Unsere Definition von liberal ist nicht, dass Frauen keinen Schleier tragen, in die Disco gehen und alles tun, was im Islam verboten ist. Für die Integration sind andere Dinge wichtig. Ich halte zum Beispiel meine Ansprachen an die Gemeinde immer auf Deutsch, und unsere Gemeindemitglieder regen wir dazu an, deutsch zu reden.

Swietlik: Sie reden vielleicht deutsch, aber bei Ihnen gibt es auch arrangierte Ehen. In unserem Grundgesetz ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. Da sehen wir einige Widersprüche.

ZEIT: Haben Sie die Ehe Ihrer Tochter arrangiert?

Tariq: Ich habe für meine Tochter einen Mann gesucht, der Informatik studiert hat, der gut verdient, er sieht sehr gut aus. Aber eine Eheschließung ist im Islam nur gültig, wenn der Mann der Braut gefällt. Deswegen haben wir meiner Tochter monatelang die Chance gegeben, diesen Mann kennenzulernen in der Anwesenheit ihrer Eltern. Die beiden haben gemeinsam gegessen, sich stundenlang unterhalten, und dann hat sie

gesagt: Ich bin einverstanden. Da war kein Zwang.

ZEIT: Und wenn Ihre Tochter selbst einen Mann kennengelernt hätte?

*Tariq: Ich hätte gesagt, ich will ihn mal sehen, und wenn er mir gefallen hätte, dann hätte ich vielleicht gesagt: Ja, gut. Auch wenn es theoretisch denkbar ist – ich persönlich **kenne keinen Fall, dass eine Tochter ihrem Vater den Bräutigam vorgeschlagen hätte.***

Also: Der uns von der islamophilen Multikultifraktion als „gemäßigt“ verkaufte Tariq verschleierte Frauen, hat die Ehe seiner Tochter arrangiert, hält es für fortschrittlich, dass sie ihren Mann unter Aufsicht der Eltern vorher kennenlernen durfte und der Heirat zugestimmt hat und kennt keinen Fall, in dem die Tochter sich ihren Lebenspartner selbst ausgewählt hat. Das Mittelalter hat Einzug gehalten!

Swietlik: Wir haben ja bei einer Diskussion mal Ihre jungen Mädchen kennengelernt, zwei Gymnasiastinnen, elfte und zwölfte Klasse, sehr hübsche Mädchen, die auch mit Kopftuch sehr aparte Erscheinungen sind. Wenn sich eines dieser Mädchen für einen Atheisten oder einen Angehörigen einer anderen Religion entscheiden würde – was würde passieren?

Tariq: Es wird immer behauptet, es gebe die Regel, dass eine muslimische Frau hingerichtet werden soll, wenn sie einen Nichtmuslim heiratet. Der Islam verbietet das, aber der Mann kann konvertieren, das ist die Regel. Konvertiert der Mann nicht, und die Frau entscheidet: Meine Liebe zu diesem Mann ist größer und stärker als mein Glaube...

ZEIT: ...ist sie aus der Gemeinde ausgeschlossen.

*Tariq: Aber sie wird nicht bestraft. Sie kann leben wie zuvor. Sie **darf ihre Verwandten sehen** und auch*

Gemeindemitglieder. Und wenn sie sich korrigiert, darf sie wieder zurückkommen.

Das ist großzügig und liberal. Sie wird nicht umgebracht, wird nur eine Unreine, darf aber trotzdem noch ihre Verwandten sehen, und wenn sie sich wieder trennt, darf sie auch heim in den Schoß der Gemeinde. Und ganz nebenbei offenbart der Imam, dass über das Privatleben die Umma entscheidet, nicht der einzelne und auch nicht die Familie.

ZEIT: Könnte Herr Swietlik sich auch mit Ihrer Frau unterhalten?

Tariq: Sie würde ihn begrüßen, aber ohne Handschlag. Und Herr Swietlik müsste Verständnis dafür haben, dass seine Frau, wenn sie mitkommt, zusammen mit meiner Frau in einem anderen Zimmer sitzen würde als wir Männer.

Warum muss Herr Swietlak Verständnis für die Geschlechterapartheid Tariqs haben? Ist es nicht unhöflich, sich nicht den Gepflogenheiten des Gastes anzupassen? Erwartet man genau das nicht jedesmal von uns?

Swietlik: Das ist nicht akzeptabel. Das würde ich den Frauen gegenüber unhöflich finden.

Tariq: Meine Frau ist in Pakistan geboren,

Frau Swietlik aber nicht!

und sie fühlt sich sehr frei. Wenn Frauen unter sich sind, fühlen sie sich sehr wohl. Wir hatten neulich mal eine Deutsche zu Besuch. Sie fand es am Anfang seltsam, aber als das Essen vorbei war, sagte sie: Wir haben über unsere eigenen Themen gesprochen, über Kinder, Männer, den Haushalt, das kann man mit Männern gar nicht besprechen.

Nein? Kann man das nicht? Hier in Deutschland kann man das schon, denn hier beteiligen sich die Männer im allgemeinen am Familienleben, wozu auch Haushalt und Kinder gehören.

Swietlik: Vielleicht sollten Sie Ihre Frau einfach selbst entscheiden lassen?

Tariq: Ich bin ganz sicher, sie würde getrennte Räume wollen. Ich muss ihr gegenüber überhaupt keinen Zwang anwenden; Sie tut das von sich aus. ...

Sie hat von Kind an verinnerlicht, ein Mensch zweiter Klasse zu sein. Und nachdem wir Herrn Tariq nun kennengelernt haben, wissen wir, dass wir ihn auch nicht als Nachbarn haben möchten.

(Spürnase: lebowski)

„Bankier der Armen“ Mohammed Yunus attackiert Telenor

☒ Wie man bei [Heise](#) nachlesen kann, fordert der Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus (Foto, während der feierlichen Übergabe) und die von ihm initiierte [Grameen Bank](#) in Bangladesh, dass die von der norwegischen [Telenor](#) gehaltenen Anteile von 62% an der [Grameenphone](#) Mobilfunkgesellschaft an die Armen übertragen werden.

Die Vorgeschichte (Heise):

1997 gründeten Telenor und Yunus ein Joint Venture: In Bangladesch, einem der ärmsten Länder der Welt, wurde der

Mobilfunk-Netzbetreiber Grameenphone gegründet. Nach dem inzwischen zwei weitere Teilhaber ausgeschieden sind, halten heute Telenor 62 Prozent und das nicht gewinnorientierte Unternehmen Grameen Telecom 38 Prozent. Das riskante Unterfangen wurde ein ungeahnter Erfolg. Als Marktführer mit über zehn Millionen Kunden und einer Netzabdeckung von 95 Prozent ist Grameenphone heute nicht nur der größte Mobilfunkanbieter, sondern auch einer der größten Steuerzahler des Landes. Fünftausend eigene Mitarbeiter, geschätzte 100.000 Verkäufer und mehr als eine Viertelmillionen so genannter Telefonfrauen leben unmittelbar von Grameenphone.

Und weiter:

Doch nun hätten die Norweger ihre Schuldigkeit getan und sollten sich zurückziehen, meint Yunus. Telenor sei im Gegensatz zur Grameen-Gruppe nicht sozial orientiert, sondern auf Gewinnmaximierung aus. Der Nobelpreisträger beruft sich auf ein vor zehn Jahren gegebenes Versprechen, dem zufolge Telenor sich 2002 hätte zurückziehen sollen. Die skandinavische Firma stellt eine solche Abmachung in Abrede, zeigt sich aber zu Gesprächen über die zukünftige Eigentümerstruktur bereit. Die norwegische Zeitung Dagbladet berichtet über ein Dokument, in dem Telenor die Absicht äußert, den eigenen Anteil auf unter 35 Prozent zu senken. Aber eine unkonkrete Absichtsäußerung ist kein bindender Vertrag. Yunus pocht trotzdem auf die Einhaltung des „Gentleman's Agreement“.

Anscheinend hat die Telenor leichtfertig und in unendlicher Dummheit tatsächlich einmal die Absicht erklärt, sich „zurückzuziehen“, wahrscheinlich, ohne genauer zu spezifizieren, wie der Rückzug aussehen sollte. Yunus fordert nun die Anteile an die Grameen Bank zu übertragen, wie genau eine eventuelle Kompensation aussehen könnte, das spricht er

nicht an. [CNN Money](#) berichtet:

While in Oslo, Yunus says he intends to point out the irony that the country that is awarding him the Nobel Prize for his pioneering work on microcredit is also home to a state-controlled company, Telenor, which he says refuses to honor an agreement to allow Yunus's nonprofit Grameen Bank to take majority control of their joint mobile-phone venture.

Nochmal Heise:

Telenor verweist darauf, bisher keinen Gewinn aus dem Unternehmen gezogen zu haben. Von dem akkumulierten EBITDA (Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen) von 1,08 Milliarden Dollar (836 Millionen Euro) seien 1,06 Milliarden im Land reinvestiert worden. Nur 55 Millionen Dollar hat Telenor nach eigenen Angaben als Dividenden erhalten – aber 87 Millionen als Grundkapital eingezahlt. Außerdem sei der Erfolg von Grameenphone auch auf die Unterstützung durch Telenor zurückzuführen. Dazu gehört auch der wesentlich kostengünstigere konzernweite Einkauf. Zur Zeit der Gründung von Grameenphone gehörte Telenor noch zur Gänze dem Königreich Norwegen, Ministerpräsident war der sozialdemokratische Politiker Thorbjørn Jagland. Heute fordert er den sechstgrößten Konzern seines Landes auf, Yunus Aufforderung Folge zu leisten. Dazu sei Telenor „moralisch verpflichtet.“

Also Telenor hat eine Menge Geld investiert, und praktisch keinen Gewinn aus der Unternehmung abgezogen, soll aber die gesamten Anteile übereignen. Verständlich, dass die Telenor-Typen die Hose voll haben und mauern. Im folgenden nochmal CNN Money:

Yunus says he asked for a meeting with Telenor's board while in Norway in order to appeal to them directly to honor the previous CEO's promise. But Baksaas said that no meeting had

been scheduled – only that as part of the ceremonies Yunus would visit Telenor's offices in order to celebrate his achievement of being the founder of microcredit, not to discuss management control. „The corporate governance of a group like Telenor does not entertain the mechanics that a board meeting can be established in such a way,“ Baksaas said. „We believe that on the questions of the future ownership of Grameen Phone, there should be other occasions for those topics to be discussed.“ He added that Yunus had been invited to discuss such topics at a future, unspecified date. „We are at all times willing to discuss future ownership structures,“ Baksaas said. „The Telenor CEO denied that ceding majority ownership to Grameen has ever been on the negotiating table. The last time a change in ownership structure was discussed, Baksaas said, was in 2004, when the minority partners exited the consortium. That year, Telenor bought out a third partner and most of a fourth one, increasing its stake from 51 percent to 62 percent; cash-strapped Grameen Bank, which had net earnings of only \$5 million from its village lending program the year before, was able to buy only 3 percent of the available shares, increasing Grameen Telecom's stake to 38 percent. „I think we had a very reasonable process going on when shares have been available,“ Baksaas said.

Die Grameen Bank würde die Telenor-Anteile an der Grameenphon wohl gerne kaufen, hat aber nicht genug Kapital.

Zusammenfassung: Norwegische Telenor hat in Bangladesh mit praktisch null profit ein Mobilfunknetz hochgezogen, eine schwachsinnige Rückzugsversprechung abgegeben, und wird nun vom Nobelpreisträger Yunus attackiert, sich gefälligst zurückzuziehen. Von Entschädigung ist nicht die Rede. Es wird also ein „Geschenk“ erwartet, wenn auch nirgends so formuliert. Hat mit Islam zunächst mal nichts zu tun, außer dass bei CNN Money doch irgendwie im Untertitel durchscheint, dass die böse Telenor Bangladesh ausplündert, im Gegenzug

fordert man halt präemptiv die Enteignung (die Dhimmis sind ja auch selbst schuld, haben es doch selbst versprochen). Ach ja, nicht zu vergessen: Yunus bekam einen Nobelpreis für seine Philosophie, den Armen keine Almosen, sondern Kredite zu geben. Er selbst erwartet aber indirekt, die Telenor-Anteile geschenkt zu bekommen. Natürlich „für die Armen“.

(Gastbeitrag von anon0815)

***Tagesspiegel*: Migranten-Probleme haben deutsche Geschichte**

☒ Im Berliner *Tagesspiegel* kann man heute einen [Kommentar zum Thema „Zuwanderung“](#) lesen, der von der Wirklichkeit in Deutschland meilenweit entfernt ist. Der Autor [Wolfgang Kaschuba](#) (Foto) lässt uns wissen, dass es hierzulande keine Parallelgesellschaften gibt und wenn doch, dann sind wir daran Schuld, weil wir die Zuwanderer nicht in unsere Mitte lassen. Migrant*innen würden bei uns permanent diskriminiert und das ganze Problem sei eine typisch deutsche Angelegenheit.

Da schaut man verdutzt nach England und Frankreich und fragt sich, warum die Probleme dort noch größer sind.

Hier ein paar Auszüge:

Fremdheit, Bedrohung, Terrorismus durch Einwanderung. Diese Assoziationskette lesen wir dann zwangsläufig auch aus anderen einschlägigen Nachrichten heraus. Wenn von Prügeleien auf dem Schulhof, vom Abziehen auf der Straße, von Angriffen auf die Polizei, von brutalen Ehrenmorden an jungen Frauen

die Rede ist.

Oft lesen wir gewiss richtig. Es gibt Gewaltformen und Geschlechterrollen in migrantischen Milieus, die nicht „kulturell“ erklärbar, sondern schlicht inakzeptabel sind. Vieles jedoch lesen wir selbst auch in solche Nachrichten hinein. Migration wird eben auch medial dramatisiert und öffentlich diskriminiert. Längst gibt es hier neben neuem Realismus auch einen neuen Alarmismus, der fremde Bedrohung überall sieht und fremdenfeindliche Züge trägt. Dazu gehört auch die Rede von der Parallelgesellschaft.

Also: Manches darf man nicht akzeptieren, was genau lässt der Autor aber offen, auch was „medial dramatisiert“ wird, erfahren wir nicht. Ist es bereits fremdenfeindlich, darüber zu berichten, dass ein „Ehrenmord“ tatsächlich ein „Ehrenmord“ war? Über wieviele „Ehrenmorde“ darf berichtet werden, ohne, dass es „alarmistisch“ klingt? Wir wissen es nicht. Stattdessen belehrt uns der Autor darüber, dass nach dem Krieg auch die Flüchtlinge ausgegrenzt wurden. Man sprach von „Flüchtlingen“ (sie waren welche, wie sollte man sie nennen?) und verkündete mit „schnell hochgezogenen Wohnblocks“ am Stadtrand symbolisch „ihr müsst draußen bleiben“. Mit anderen Worten wird den Einheimischen vorgeworfen, nicht aus ihren eigenen Wohnungen ausgezogen zu sein, sondern stattdessen Wohnungen für die Flüchtlinge gebaut zu haben, wo Platz war: am Stadtrand. Dann erfahren wir, dass es weder Kontakte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen gegeben habe noch zwischen Katholiken und Protestanten, eine Behauptung, über die man herzhaft lachen müsste, wären die Absichten des Autors nicht so deutlich boshaft. Und erst, nachdem die Zuwanderung der Italiener und Türken begonnen hatte, wurden die Flüchtlinge als Einheimische respektiert. Es geht munter weiter mit zusammenphantasierten Behauptungen:

Deutsch ist man bekanntlich, das kann man nicht einfach werden. Diese zähe Tradition bekommen die Migranten zu

spüren: kulturelle Ausgrenzung, die zwischen einem deutschen „Wir“ und einem fremden „Die“ eine scharfe Trennlinie zieht. Wer „anders“ aussieht, der spürt die misstrauischen Blicke auf der Straße, hört die abfälligen Kommentare in der U-Bahn, erduldet routinemäßig Polizeikontrollen, erleidet die Sonderbehandlung beim Boarding auf dem Flughafen – täglich und trotz deutschen Passes!

Eine dreiste Lüge, ist doch das Gegenteil der Fall: Das Kleinkind und die Oma im Rollstuhl müssen sich denselben Sicherheitschecks unterziehen wie der arabische Flugpassagier, um diesen keinesfalls zu diskriminieren. Moslems dürfen auf Passbildern ein Kopftuch tragen und damit weniger vom Gesicht zeigen, als eigentlich vorgeschrieben. Und diskriminiert werden die Einheimischen von den Zuwanderern, beschimpft, angegriffen und als unreine Menschen zweiter Klasse betrachtet.

Das sind „deutsche“ Demütigungen. Dagegen hilft nur Trotz und Besinnung auf das vermeintlich Eigene. Auf den Schutz durch Familie, Verwandtschaft, Freunde. Am meisten aber hilft offenbar der Rückzug in jenen Bereich, der vielen Migranten ganz eigen ist und fast allen Deutschen ganz fremd: in die muslimische Gemeinde. Dort scheint der Entwurf einer eigenen Identität tatsächlich möglich und vor allem erreichbar. Einer Identität als respektiertes Mitglied einer Gemeinschaft, die Wärme vermittelt, die sich auf feste Traditionen und Werte beruft und sich dadurch auch selbstbewusst von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzt.

Ob es die Wärme der schattengleichen Bewachung moslemischer Frauen und Mädchen durch die männliche Verwandtschaft ist, die der Autor meint? Und: zeigt sich die Individualität in der moslemischen Gemeinde durch bunte Kopftücher?

Kein Wunder, dass viele Jugendliche für sich nur diesen Weg offen sehen. Er erscheint ihnen als einziger Ausweg – ja: aus

Heimatlosigkeit! Ob diese Wahl stets selbstbestimmt ist, mag man bezweifeln. Unzweifelhaft jedoch ist es weniger elterlicher Zwang als vielmehr der Zwang dieser ausweglosen Umstände, der zur Islamisierung in der zweiten und dritten Einwanderergeneration führt. Islamisierung als einziger Lebensentwurf indes bedeutet noch weniger Zugang zur Mehrheitsgesellschaft. Auch weil die sich Muslime nicht als „Deutsche“ denken mag.

Da haben wir es wieder: Wir sind Schuld daran, dass Moslems sich von uns abwenden. Und dann kommt der Höhepunkt Kaschuba'scher Logik:

Fataler aber noch ist dies für die deutsche Gesellschaft, der damit eine wesentliche kulturelle Ressource verlorenght: die gesellschaftliche Erfahrung im Umgang mit Einwanderung. Denn Migration verkörpert heute eine kulturelle Globalisierung „von unten“: hohe soziale Kompetenz in der Entwicklung mobiler Lebensformen und transnationaler Lebensweisen. Wichtiges Wissen also für morgen, das wir systematisch ausblenden.

Hohe soziale Kompetenz vermitteln uns die Migranten vermutlich durch das Unterdrücken und verprügeln, manchmal auch Umbringen ihrer Frauen und Mädchen. Worin die „mobilen“ Lebensformen bestehen, haben wir nicht herausgefunden und was er mit „transnationalen Lebensformen“ meint, entzieht sich ebenfalls unserer Kenntnis. Aber wir lernen, dass wir „wichtiges Wissen für morgen“ nicht einfach links liegen lassen sollen. Die Scharia kommt so oder so, machen wir uns mit ihr vertraut. Je schneller, desto besser.

Haben wir also Parallelgesellschaften? Lebe ich sogar selbst schon wieder in einer, mitten in Kreuzberg? Gewiss nicht! Um mich herum werden jedenfalls keine parallelen „Gesellschaften“ aufgebaut. Von der Schule über die Wohnung bis zum Finanzamt leben alle sogenannten Migranten in den

sozialen Strukturen und Räumen der Mehrheitsgesellschaft.

An diesem Passus merkt man, dass Kaschuba den Begriff „Parallelgesellschaft“ überhaupt nicht verstanden hat. Gewiss leben die Migranten in den öffentlichen Räumen der Mehrheitsgesellschaft, aber dort nach ihren eigenen Regeln und Gesetzen.

Was ich in Kreuzberg allerdings bemerke, ist ein verstärktes Denken und Reden in Differenzbegriffen. Die Rede von den „Ausländern“ ist auch hier auf dem Vormarsch. Und türkischstämmige Jugendliche entwickeln nun ihrerseits Strategien der aggressiven Verächtlichmachung der Mehrheitsgesellschaft. Vor allem dort, wo Deutsch zur Minderheitsposition wird. „Scheißdeutscher“ soll dem Mitschüler offenbar dasselbe Gefühl der Diskriminierung vermitteln, das der „Scheißtürke“ bereits erfahren hat.

Und wieder wird der Migrant in die Opferrolle gedrängt, sein Verhalten entschuldigt. Und natürlich sind nicht „kulturelle“ Gründe die Ursache, sondern wir.

Andere entwickeln religiös-fundamentalistische Einstellungen, lehnen Christentum und Zivilgesellschaft radikal ab, werben im Extremfall sogar für Scharia oder Dschihad. Trotz aller Schlagzeilen betrifft dies freilich nur kleinste Gruppen. Und die dümmste Reaktion darauf ist, mehr als zweieinhalb Millionen Muslime in Deutschland deshalb unter den Generalverdacht des Fundamentalismus zu stellen.

Das Wort vom Generalverdacht ist einfach zu schön, als dass der Beitrag ohne ausgekommen wäre.

Gerade wegen solcher Entwicklungen und Beobachtungen ist die Rede von der Parallelgesellschaft also nicht nur falsch. Sie ist als Argumentationsmuster im politischen Diskurs sogar gefährlich. Denn der Begriff produziert selbst eine

kulturelle Differenz, die er vorgeblich diagnostiziert. Er zieht eine innere kulturelle Grenze in die Gesellschaft ein, die „uns“ wie „die anderen“ homogenisiert und essenzialisiert. Als seien wir einheitliche Gruppen und verschworene Gemeinschaften – christliche Deutsche gegen muslimische Migranten in einem lokalen „Krieg der Kulturen“. So fundamentalisiert er seinerseits vermeintliche Unterschiede, macht uns bewusst „fremd“ und verdeckt die vielfältigen alltäglichen Nähen und Übereinstimmungen, die vor den Türen von Moscheen und Kirchen unser Alltagsleben längst auch verbinden und „transkulturell“ prägen.

Wenn wir das jetzt richtig verstanden haben, dann entsteht die Parallelgesellschaft nur dadurch, dass man auf sie aufmerksam macht. Dieser Beitrag von Kaschuba ist mit das Dümme, was man in einer deutschen Zeitung seit langer Zeit lesen konnte.

» leserbriefe@tagesspiegel.de

(Spürnase: AMM)

Islamkritiker bei Stern unerwünscht

Der *Stern* demonstriert in seinem Forum zum Thema „[Immer mehr Christen konvertieren zum Islam](#)“, was er unter Meinungsfreiheit versteht: Während zum Beispiel die Teilnehmer „*christi244*“ und „*logisch*“ unbehelligt öffentlich diskutieren dürfen, wie man die Meinungsfreiheit mittels „fähiger Anwälte“ abschaffen könnte, damit die „unsägliche“ Islamkritik in den Medien aufhört, werden islamkritische *PI*-Leser, die dort posten, gelöscht oder gesperrt werden. Und sie dürfen auch

ungestört beleidigt und diffamiert werden, wie auch gnadenlos gegen Israel, die USA oder die Deutschen gehetzt werden darf.

Hier ein paar Beispiele:

13.01.2007 18:24 Uhr von logisch

Ja, das sehe ich und erlebe es auch jeden Tag über die „Medienwelt“. Ich meine auch nicht, dass der Zentralrat sich jetzt in unsägliche Polemik ergeht, sondern sich fähiger Anwälte bedient, die ihrerseits Mittel und Wege finden, dagegen „demokratisch“ anzugehen.

Allein gegen die Medien anzugehen, dürfte schon recht erfolgversprechend sein, um dann bei den entsprechenden Politikern zu enden. Mal abgesehen davon, dass diese dann sicher ihre Wortwahl kontrollieren müssten, weil sie keine Presse bekämen. Diskriminierung beginnt nicht erst im Lager, sondern bereits im Wort.

Das ist es, was ich bei den muslimischen Institutionen sehr vermisse. Sozusagen als Anlehnung an den ZdJ. Der macht es nämlich erfolgreichst genauso.

Immerhin, dieser Kommentar von *PI-Leser cartmann* steht noch und gibt eine „nette“ Kostprobe über Äußerungen, die bei *Stern* nicht der Zensur zum Opfer fallen:

Islam-Kritik verboten, Kommentare gelöscht cartman007

Während hier einerseits die Diskriminierung und Beleidigung des Christentums, christlicher Gefühle, der Amerikaner, Bushs, der Deutschen schlechthin geduldet wird, gibt es offensichtlich Denkverbote was diese Ideologie angeht. Meine Kommentare wurden einfach gelöscht. Eine Erklärung habe ich bis heute nicht erhalten. Warum ist es hier manchen erlaubt, andere mit „Du Scheiß Nazi“ zu titulieren? Muß man dafür einer bestimmten Gruppierung angehören?

Und kann mir bitte einmal ein Redakteur erklären, warum der [folgende Kommentar](#) nicht gegen die „netiquette“ verstösst

“ Deutschland = Dumm Voltanius

Deutschland ist ein Haufen Scheisse nurnoch Dreck und keiner will hier leben mit den Drecks Nazis und den ganzen Mist.

Ich bin halbdeutscher und tue alles was ich kann damit ich endlich nurnoch meine Spanische statsbürgerschaft habe. Wegen der Wehrpflicht muss das aber noch 9 monate warten. (Ich verweiger den Wehrdienst nicht weil ich mich nicht für etwas besseres halte als andere ich machs so wie es jeder andere auch tuen sollte).

Auf der ganzen Welt werden die Deutschen ausgelacht. Alle wissen sie wie egoistisch die Deutschen sind und das sie einfach keine Ahnung haben. Um das zu sehen braucht ihr nur einmal vor eure Tür fahren. Selbst in ärmeren Ländern in Südamerika wo ich sehr oft bin werde ich dafür richtig ausgelacht das ich Deutscher bin.

Deutscher zu sein ist eine Schande. ich hasse Deutschland ich hasse diese Drecksprache und alles.

So hier passt das denke ich ganz gut rein ^^ . Ich muss auf meinen Puls aufpassen sonst gibbet ärger vom Arzt ☐

[ruhig Blut ! ; gimmick]

05.01.2007 14:28 Uhr von Voltanius

Wenn dies keine Volksverhetzung, Rassismus, Intoleranz, Beleidigung aller Deutschen ist, was dann?

Angenommen, dieser Schreiber hätte statt „Deutschland, Deutsche“ „Türke, Türken“ gewählt, gäbe es hier binnen Sekundenbruchteilen einen Aufstand. Wenn hier definierte Themen verboten sind, dann zeigt auch so viel politische Korrektheit und spricht es offen aus: Intoleranz wird toleriert, Kritik ist verboten. Man muß halt nur die Definitionsgewalt haben.

*Lüge ist Wahrheit
Sklaverei ist Freiheit*

13.01.2007 13:12 Uhr von cartman007


Mal abgesehen von dem hohen Bildungsgrad des Users Voltanius, ist es schon eindrucksvoll, dass solche Postings stehen bleiben, während Islamkritiker gelöscht werden. User *ishn* schreibt *cartman*:

Weil hier nur schwer links ein gefärbte Themen mit dementsprechender linker Meinung erlaubt sind. So einfach ist das. Und weil der Zensor hier schön heimlich walten und schalten kann, ohne dass man weiss, wer es ist. Komisch ist, zeigt man persönliche Beleidigungen hier an, interessiert das KEINEN und diese Einträge bleiben bestehen. Sagt man einmal was gegen die Kuscheltierchen der Linken ist der Beitrag ruck zuck weg. Wenn nicht sogar der ganze Zugang.

13.01.2007 13:18 Uhr von ishn

(Spürnase: Cay)

Welt-Message: Böser Bush!

 Auch die (einst nicht anti-amerikanische) [Welt](#) weiß, wie man mit Fotos "Messages" lancieren kann. Also sehen wir seit Tagen auf der Online-Ausgabe der Zeitung in bester *Spiegel*- und *Stern*-Manier ein Bild des zerknirscht, beißend und aggressiv dreinschauenden US-Präsidenten. Ja, vor diesem bösen Mann muss man sich wirklich fürchten! Medienexperten würden sagen: Das Bild enthält eine explizit und implizit negative Wertung. Was würde wohl Axel Springer dazu sagen?

» Kontakt: forum@welt.de

Dank US-Hilfe: Islamisten aus Somalia vertrieben

✘ Trotz des erbitterten Widerstandes der EU und der UNO haben somalische Regierungstruppen mit massiver Unterstützung Äthiopiens die [Islamisten aus Somalia vertrieben](#). Die einzigen, die wussten, auf welcher Seite man in diesem Krieg zu stehen hat, waren wieder einmal [die Amerikaner](#), während die EU das Scharia-Regime unter den somalischen Taliban favorisierte und mit diesen [Dialoge führen](#) wollte.

Unterstützt von äthiopischen Soldaten haben somalische Regierungstruppen nach eigenen Angaben das letzte Rückzugsgebiet islamistischer Kämpfer im Süden des Landes eingenommen.

Die Ortschaft Ras Kamboni an der kenianischen Grenze sei am Vorabend erobert worden, sagte ein Regierungssprecher am Samstag. „Die meisten der gesuchten Terroristen sind entweder tot oder geflüchtet.“ Die Regierungstruppen verfolgten die Geflohenen bis in die umliegenden Wälder.

Nach wochenlangen Kämpfen hatten äthiopische Einheiten und somalische Regierungstruppen die Islamisten weitgehend vertrieben. Die Übergangsregierung kehrte aus ihrer provisorischen Hauptstadt Baidoa nach Mogadischu zurück. Sechs Monate lang kontrollierten die Islamisten Mogadischu und weite Teile Südsomalias. Am Montag schickten die USA ein Kampfflugzeug nach Somalia, um ranghohe El-Kaida-Vertreter zu töten. Äthiopische Flugzeuge bombardierten die Region tagelang.

Da wird man bei EU und UNO aber traurig sein, dass diese große Chance zum „Dialog“ zerbombt wurde ...

(Spürnase: Cay)